

Die 'Arbeit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streichband 4,50 M. Die 'Arbeit' ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Interests kosten die achtgepalt. Nonpareilzeile oder deren Raum 120 M., Werbeanzeigen das fertige Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leertextzuschlag 50 Proz., Familien- und Veranlassungsanzeigen 100 Pf. der Zeile für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Regierungsberatungen in Spaa.

Abfassung der deutschen Gegenentwürfe.

Berlin, 22. Mai.
Offiziell wird mitgeteilt: „Der Ministerpräsident Scheidemann hat sich heute, begleitet von den Reichsministern Dernburg und Erzberger und dem Vorsitzenden der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, dem Grafen Bernstorff, nach Spaa begeben. Die deutsche Delegation wird von Versailles nach Spaa reisen. Dort wird am Freitag die endgültige Redaktion der deutschen Gegenentwürfe stattfinden. Diese Zusammenkunft in Spaa ist notwendig geworden, weil der Verkehr zwischen Berlin und Versailles technisch außerordentlich erschwert war, andererseits aber die Reichsregierung seit entschlossen ist, dem deutschen Volke so schnell wie irgend möglich Klarheit über die deutschen Gegenentwürfe zu geben. Der Reichsministerpräsident Scheidemann reist nach Spaa gleichfalls teil.“

Verailles, 22. Mai.
Die deutschen Friedensdelegierten, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichspostminister Giesberts, Präsident Oberbürgermeister Reinert, Professor Dr. Schüding und Dr. Reichler begeben sich heute abend nach Spaa, um dort selbst mit Mitgliedern der Reichsregierung die demnächst in der Friedensfrage abzugebende Erklärung zu besprechen und deren endgültige Fassung zu beschließen.

Beratungen des Dreierrats.

Verailles, 22. Mai.
Infolge Abwesenheit Orlando besprachen Clemenceau, Lloyd George und Wilson gestern, abgesehen von dem Antwort auf den deutschen Antrag, betreffend Fristverlängerung, nur Fragen sekundärer Art und ließen sich von der ukrainischen Delegation über die Feindseligkeiten an der polnisch-ukrainischen Front Bericht erhalten. Der Dreierrat wünscht, diesen Feindseligkeiten so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten.

Die Differenzen in der amerikanischen Delegation.

Verailles, 22. Mai.
Die Pariser Ausgabe des New York Herald bemerkt die Meinung, nach der neun Mitglieder amerikanischer Ausschüsse in Folge Verhinderung über den Friedensvertrag ihr Amt niedergelegt hätten. Nur ein Mitglied des Ausschusses für russische Angelegenheiten, Bullitt, habe demissioniert, da er die Anerkennung der Sowjetregierung für notwendig halte und die Ententepolitik gegenüber Rußland nicht billige.

Die Stettiner Hungerkrawalle.

Verhaftung des Genossen Heise.
Anschließend an den in Nr. 234 gebrachten W.T.V.-Bericht über die Stettiner Ereignisse wird uns Stettin noch berichtet: Nachdem es bereits am 15. Mai zu erheblichen Ausschreitungen gekommen war, die bis am Sechsaubellwert agierenden Heringsdevisen plündernde, und wobei die Polizeibeamten teilweise auf gänzlich unbeteiligte einwirkten, rottete sich am 16. wiederum eine mehrtausendköpfige Menge zusammen, um die Heringsplünderung fortzusetzen. Der igerwähnten Militär wurde entlassen. Die Menge bewaffnete sich, stürzte die Hauptwache im Garnisonkommando und entwarfene auch diese.
Sodann zog die Menge zum Justizgefängnis, um die Gefangenen zu befreien. Mehrere Mitglieder des Arbeiterrates setzten sich diesem Vorhaben entgegen. Durch neue, völlig unmotivierete Schießerei auf der in der Nähe liegenden Brennstoffkaserne wurde der Volkshaufen maßlos gereizt und stürzte hierauf das Gefängnis und befreite die Gefangenen. Ein sofort von organisierten Arbeitern aller drei Parteirichtungen gebildete Arbeiterwehr konnte nicht mehr rechtzeitig gegen die Belagerung der Gefangenen eintreffen. Das war für die Gefangenen Grund, sofort Rote-Truppen heranzurufen. Am Montag morgen rückten diese dann in ungeheurer Stärke in Stettin ein. Die neugebildete Arbeiterwehr, welche bis dahin die Ordnung wieder hergestellt hatte, wurde entwaffnet. Dann begann eine planmäßige Durchsuchung der Stadt nach Waffen. Maschinengewehre und Selbstgeschütze fanden auf allen Wegen und Plätzen schaffereil.
Heber ganz Pommern wurde der Belagerungszustand verhängt, der allerdings am Tage darauf für die am entferntesten gelegenen Kreise der Provinz wieder aufgehoben wurde. Der Führer der Regierungstruppen, v. d. Bippe, hat im Auftrage der

Reichsregierung die gesamte „vollziehende“ Gewalt an sich genommen.

Trotzdem der Arbeiterrat im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten und allen anderen zivilen Behörden gegen den ungerechtfertigten Belagerungszustand bei der Reichsregierung protestierte, wurde dieser noch nicht aufgehoben.
Bis jetzt hat sich die Stettiner Arbeiterschaft jedoch noch nicht präzisieren lassen, trotzdem am Montag vormittag der Genosse Heise, Redaktor des in Stettin erscheinenden „Kämpfer“ aus gänzlich unbekanntem Gründen verhaftet wurde.
Der Zweck der Verhaftung liegt klar zutage. So wie überall will man auch hier in Stettin die Ereignisse reaktionären Gefühlen dienstbar machen.

Vogel kann nicht gefunden werden.

Eine Berliner Korrespondenz teilt mit: Die Nachforschungen nach dem flüchtigen Oberleutnant Vogel haben bisher noch zu keinem positiven Resultat geführt. Am so interessanter ist eine Nachricht, die aus Pütern bog gemeldet wird. Danach soll am verflorenen Sonnabend nachmittag dort ein dunkelblaues Automobil gesehen worden sein, in dem zwei Personen saßen und das in der Richtung nach dem Flugplatz in sehr schnellem Tempo fuhr. Wie weiter berichtet wird, soll am Sonnabend auch von dem Flugplatz ein Flugzeug aufgefliegen sein, das in westlicher Richtung davonflog. Es sollen nun Untersuchungen darüber angestellt werden, ob Vogel mit Hilfe Lindemanns tatsächlich ein Flugzeug zu seiner Flucht erhalten hat. Aus den Starbüchern des Flugplatzes, in das alle Aufstiege von Maschinen eingetragen werden müssen, soll festgestellt werden, ob an dem fraglichen Tage tatsächlich ein Militärflugzeug in der Richtung nach Westfalen abgeflogen ist.

Das Berliner Polizeipräsidium behauptet, daß es weder auf die Namen des Leutnants Lindemann und des Oberleutnants Vogel, noch auf den Namen eines „Kurt Vossen“ einen Paß ausgestellt hat, schweigt sich aber im übrigen vollkommen über die Passangelegenheit aus.

Die rechtssozialistische „Chemnitzer Volksstimme“ entzweit sich folgendermaßen über die Flucht des Leutnants Vogel: „Man möchte aus der Haut fahren! Erst spielt man 6 Tage lang die Komödie eines Militärstrafprozesses, wobei sich die Herren Offiziere des Richterkollegiums Sammelbüchse angezogen haben, um den Herren Anklägern nur ja nicht wehe zu tun, wobei deren monotonisch-müden Gesichtern mit zynischem Gohn über die Bretterwand der Anklagebank nach dem Publikum hinüberstarrten, dann werden die schwerbelasteten Hauptangeklagten freigesprochen und nur einer der Herren Offiziere, den man absolut nicht laufen lassen kann, wird von einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, erscheint am folgenden Tage ein Strafverurteilter, holt den verurteilten Oberleutnant ab und dampft mit ihm über alle Berge. Das war der richtige Abschluß dieses Prozesses, zu dem wir die Militärgerichtsbarkeit aus ganzem Herzen beglückwünschten. Denn sie hat dadurch gezeigt, daß keinen Tag, keine Stunde mehr gezögert werden darf, um dieses vorfindliche Monstrum einer Klassen- und Rechtspflege auf den Schillerhöfen zu werfen. Wäre die Sache nicht so verteuert, man wäre versucht, in lautem Gohn in die Welt hinauszugehen. Jetzt steht nur noch, daß der Querschnitt nach altbewährtem Rezept von „objektiven Psychiatern“ als schwachsinniger Idioten erklärt wird, dann hat der sonst so blutigerie Verurteilter in diesem Falle wieder einmal das Recht der Anklage rabelschliffen. Wenn hier nicht bald aufgeräumt wird, kann sollen sich die Herren nicht wundern, wenn das Volk eines Tages selbst aufsteht.“

Gut gebrüllt, Löwe! Aber diese billige Entrüstung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es die regierenden Parteigenossen der „Chemnitzer Volksstimme“ waren, die erst diese Komödie eines Prozesses ermöglicht haben. Roske, der frühere Chefredakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, ist es, der die Justiz des Edenhotels mit aller Liebe schirmt, der mit diesem „Monstrum einer Klassen- und Rechtspflege“ die Arbeiter niederzuzermalen läßt, die Gegenrevolution fördert und das Treiben der Offizierskomarilla begünstigt. Der „Vorwärts“ freilich hat an dieser Sorte von Rechtspflege nichts auszuweisen, das Blatt hat sich über uns entrüstet, als wir die Komödie von Roske beim rechten Namen nannten. Jetzt muß sich das rechtssozialistische Zentralorgan von dem Chemnitzer Blatte lassen hören, wie man in weiten Kreisen seiner Partei über die arbeitserfreundliche und gesinnungslose Politik der Roske und Genossen denkt.

Die Tragödie des Sozialimperialismus.

Niemand kann aus seiner Haut heraus: Wer während des ganzen Krieges hinter dem heimlichen Militarismus hergelaufen ist, seine Sinne geistert, seine innere und äußere Front verstärkt hat, der kommt in logischer Konsequenz dieser Haltung nach dem Zusammenbruch des eigenen Militarismus dazu, den geanerischen Militarismus zu unterstützen und die Herbeiführung des Friedens durch seine verkehrte Politik zu erschweren.

Diese Komödie der Irrungen erleben wir jetzt beim „Vorwärts“, dem Zentralorgan des deutschen Sozialimperialismus. Seit er in den Händen der Rechtssozialisten ist, stand er in den ersten Reihen der Kämpfer für den Sieg des deutschen Imperialismus. Er war es vor allem, der die innere Front der Kriegspartei verfestigte, die Aktivität der Arbeiterschaft lähmte, den Namen der deutschen Sozialdemokratie in der ganzen Welt schändete. Er tat kein Mögliches dafür, um die Ansätze der internationalen Solidarität des Proletariats zu zertrümmern und auch in den geanerischen Ländern den militaristischen Kräften zum Siege zu verhelfen. Auch jetzt lebt er dieses edle Werk fort. In den kritischsten Tagen, die das deutsche Volk je durchlebt, kehrt er sich nicht, eine verärgerte Gebe gegen die ausländischen Sozialisten zu führen. Und indem er die nationalistische Gebe und das konterrevolutionäre Treiben der Militärs im Inlande förderte, stärkte er die Position aller Scharfmacher in den geanerischen Ländern, die jede Gelegenheit ausnützen, um unter Hinweis auf den ungeborenen Nationalismus und Militarismus in Deutschland den Widerstand des Proletariats gegen die drückenden Friedensbedingungen der Entente zu zerbrechen.

Auch die jüngsten Vorgänge haben dieses Blatt, das leider noch immer im Namen eines Teiles der deutschen Arbeiterschaft zu sprechen berechtigt ist, nicht zur Vernunft gebracht. Die Ansätze politischer Einsicht, die sich sogar in die Spalten der offiziellen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verirrt haben, und die in viel schärferer Form in einzelnen führenden bürokratischen Blättern (wie z. B. in der „Frankfurter Zeitung“) zum Ausdruck kommen, bleiben dem „Vorwärts“ verschlossen. Wie ein Papagei wiederholt er in seinen leitenden politischen Kerkern: an jenen politischen Stumpfsinn, den Stumpfer von Versailles aus provoziert und nach seiner Rückkehr der Mehrheit der Redaktion aufzuzwingen hat.

Unner und immer wiederholt der „Vorwärts“ das blöde Gewäsch, daß die Unabhängigen durch ihre Haltung in der Friedensfrage die Geschäfte des Auslandes belegen und die Aussichten der Friedensverhandlungen verschlechtern. Wenn Genosse Richard Müller in seinem vollkommen sachlichen, objektiven Referat in der Zusammenkunft der Berliner W. und S. Räte ausführte, daß Deutschland/der Hauptkuldige am Weltkrieg sei, so ist er nach dem „Vorwärts“, der seine Worte dahin umfächelt, daß Deutschland allein die Schuld am Krieg trage, ein Putschgenosse Clemenceaus! Und wenn das Berliner Proletariat, dem Ruf unserer Partei folgend, zu Hunderttausenden für unsere Friedensparolen demonstriert, so bedeutet das nach dem „Vorwärts“ — einen Gewinn für den Ententeimperialismus! Unerroll und bei jeder Gelegenheit verächtlich sich dieses Blatt entzweit und eigenhändig der klaren Logik der Tatsachen: es sieht nicht und will nicht leben, daß die Zusammenkünfte der internationalen Politik ganz anders aussieht sind, als wie es in seiner sozialimperialistischen Verantworteit annimmt: es sieht nicht und will nicht leben, daß es benutzt oder unbewußt nur das Werkzeuge des Nationalismus und Militarismus ist und daß es sich mehr und mehr entzweit von der Gedankenwelt des Sozialismus und den Interessenphären des internationalen Proletariats.

Wir halten es für aussichtslos, dieses Blatt durch eingehende Beweisführung den Gedankenkreisen des Sozialismus und des Proletariats wieder näher zu bringen, und die enge Verknüpfung unseres Standpunktes in der Friedensfrage mit den Aufgaben des internationalen Proletariats näher zu begründen. Was wir dazu zu sagen hatten, haben wir in unsern Artikeln über die Friedensfrage auszusprechen. Wenn der „Vorwärts“ uns nicht beacneuen will, so ist das seine Sache. Daß das Proletariat uns in annehmen-

Dem Maße begreift, zeigt der Erfolg unserer Mittwochskundgebung und die Annahme unserer Resolution in der Vollerfassung der U- und S-Räte, zeigt das rapide Anwachsen unserer Anhängerzahl in allen Teilen des Reiches und der zunehmende Ruck der rechtssozialistischen Elemente der Arbeiterschaft zu unserer Partei.

Es ist ein komischer Irrtum, wenn der „Vorwärts“ meint, wir hätten es mit unserer Stellung in der Friedensfrage lediglich auf „billige agitatorische Erfolge“ abgesehen. Dieser Erfolg, das wird der „Vorwärts“ wohl zugeben, war doch wohl viel eher für die verbündeten Rechtssozialisten und Bürgerlichen gesichert, die im Besitz eines uneingeschränkten behördlichen und organisatorischen Apparates, gestützt auf Hunderte von Blättern, eine riesige Agitation im ganzen Reich zu entfalten vermochten. Wenn trotzdem unsere Parole zündete und die Massen des werktätigen Volkes uns zuströmten, so zeigt das wohl am deutlichsten, daß wir als die einzige Partei das elementare Fühlen der Massen erfassen und ihnen die leitenden Grundgedanken zur Enttarnung der verwickelten Probleme des Friedens gaben. Das Bewußtsein dieses innigen Zusammenhanges mit den proletarischen Massen gibt uns die Sicherheit, auch fernerhin konsequent an unserer Friedensparole festzuhalten, unbeeinträchtigt um das Loben und Schimpfen des banalen Sozialimperialismus, der sich in trauriger Verbildung selbst das Grab gegraben hat.

Kommunistische Hilfsgruppen des „Vorwärts“?

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes Flugblatt der Jenaer Ortsgruppe der Kommunisten, das ihm mit dem Ersuchen um Abdruck zugegangen ist:

Die U.S.P.D.-Führer proklamieren die Annahme der Friedensbedingungen. Das würde für die Arbeiterschaft bedeuten, daß unsere Kapitalisten von den Ententekapitalisten ausgehalten werden und daß diese „Internationale“ dann aus dem deutschen Proletariat den letzten Tropfen Blut heraussaugt, um die alten Kriegsschulden und den neuen Krieg der vereinigten internationalen Regierungstruppen gegen die Sowjets, die Spartakisten und andere arbeitstüchtige Gefährten zu bezahlen. Hier zeigt es sich, wohin die Kompromißpolitik der U.S.P. führt. Diese Irwegspolitik eines Haase und eines Kautsky, die im Anfang der Revolution gegen den Anschluß an Rußland gestimmt haben und die im Februar unsere Beziehungen im Osten nicht verbessern wollten, aus Angst, es sonst im Westen zu verderben! Auch die von der U.S.P. so sehr hochgepriesene „reinsocialistische Regierung“ wird nach Unterzeichnung des Friedensvertrages nichts gegen den Weltkapitalismus vermögen.

Weiter wird in dem Flugblatt der Zusammenschluß mit Rußland und Ungarn und der „sofortige Abbruch der Versailles Verhandlungen ohne jede Erklärung“ gefordert. Der „Vorwärts“ registriert schamlos diese Kundgebung als Beweis dafür, daß man auch links von der U.S.P. von der Wichtigkeit unserer Stellung in der Friedensfrage nicht übermäßig überzeugt sei. Wir glauben jedoch nicht, daß die unreihe Phrasologie des Jenaer Flugblattes irgendwelchen Anklang bei den kommunistischen Arbeitern finden wird. Immerhin sollte die Ausschaltung dieses Flugblattes durch den „Vorwärts“ den Kommunisten als Warnung dienen. Es gibt jetzt wahrlich Wichtigeres zu tun, als die Geschlossenheit des revolutionären Lells des Proletariats durch konfuse Tiraden zu stören und die Geschäfte des banalen Sozialimperialismus zu besorgen.

Der Belagerungszustand in Sachsen

Der Gegenstand einer höchst lebhaften und interessanten Erwiderung in der Sächsischen Volkskammer. Die Rechtssozialisten hatten eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung befragt wurde, aus welchen Gründen sie den Belagerungszustand verhängt habe. Die Fraktion der U.S.P. verlangte in einem Antrag die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Behandlung der Sache war wochenlang hinausgezogen worden, indem der Präsident Fröhner im Einverständnis mit den Bürgerlichen und seinen Parteifreunden einfach die Vollstreckungen lange Zeit aussetzte. Seit Ende April hatten nur zwei Sitzungen mit ganz unwesentlichen Tagesordnungen stattgefunden. Und das, obwohl wichtiger Beratungsstoff genug vorlag und eine beratende Beratung ganz und gar nicht erforderlich erschien mußte.

Der Verlauf der Sitzung zeigte den völligen politischen Baufrost der Rechtssozialisten in einer geradezu erschreckenden Weise. Diese Regierung und diese Kammerfraktion sind einander wirklich in jeder Hinsicht wert. Dieser können sie bald nicht mehr auf den Boden bürgerlich-kapitalistischer Denkweltung sinken, als es hier in die Erscheinung trat. Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer, der gegen allen Brauch vor den Begründungen durch die Fraktionsvertreter das Wort zu einer langen Rede nahm, bewegte sich in seinen Ausführungen ganz und gar in den gewohnten Weisen früherer bürgerlicher Regierungen. So wie er hätte auch irgendein konservativer Minister den Belagerungszustand rechtfertigen können. Unerwartet aber war es, in welcher struppelosen Weise er Material verwendete, das den Tatsachen vielfach in keiner Weise entspricht. Vereinzelt Vorgänge wurden von ihm absichtlich falsch bewertet, übertrieben und verzerrt. Der Fall der Ermordung Neurings wurde auch von dieser Stelle aus in unüberantwortlicher Weise aufgebläht. Die Ausführungen des Ministers zeigten auch, daß manche seiner Hinter- und Bewährten gewisse gewisse Eublyte sein müssen, denen es auf einen Schwindeln mehr oder weniger nicht ankommt.

Leipzig hat diese Regierung natürlich besonders in ihr Herz geschlossen. Dort haben unsere Genossen nicht so ohne weiteres nach der Pfeife Gradnauers und Genossen getan. Leipzig besand sich aber ganz wohl unter dieser Herrschaft. Seit Roske-Truppen dort hausen, ist es anders geworden. Trotzdem hat die Regierung die Mühseligkeit, so sagen, der Belagerungszustand müsse gerade wegen Leipzig und überhaupt so lange aufrecht erhalten werden, bis Ruhe und Ordnung im Lande garantiert seien. Dabei ist aber die Ruhe und Ordnung nirgends gestört worden! Alle Behauptungen von Terrorismus einer Rinderheit erwiesen sich nach dem bemerktwertigen Material unserer Redner als gewissenlose Schwärmerei. Und es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, den Beweis für diese Behauptungen zu führen.

Nach der Rede Gradnauers erhob sich ein Redner der Rechtssozialisten, um kurz zu erklären, daß sie die Interpellation zurückzulegen und auf eine Begründung verzichten wollten, weil die Rede Gradnauers sie völlig befriedigt und aufgelöst habe. Damit war die Komödie zwischen Fraktion und Regierung deutlich gekennzeichnet. Und noch deutlicher dadurch, daß hinter der Vertreter einer bürgerlichen Partei ausband

und eine ganz gleiche Erklärung abgab. Es hatten sich zunächst Vertreter aller Fraktionen zum Wort gemeldet. Nach Gradnauers Rede aber ließen sie erklären, daß sie alle auf das Wort verzichten, weil sie mit der Regierung durchaus einverstanden wären.

Diese Solidarität und Einmütigkeit sagt alles! Früher fanden sich in der sächsischen Kammer in derartigen Fragen das Bürgertum und die Sozialdemokraten schroff gegenüber. Jetzt hat sich das Bild insofern verändert, als die Bürgerlichen und die Rechtssozialisten gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten sich verbinden und ihren Helfern in Partei und Fraktion sehr gut ausgehen sind. Man braucht sich nicht einmal mit einer Rede zu bemühen, so schon macht ein „sozialistischer“ Ministerpräsident die Sache für die Fraktion der U.S.P. sprachen die Abgeordneten Lipinski und Fleißner, die mit wuchtigen und eindrucksvollem Tatsachenmaterial dem Regierungstandpunkt entgegenzutreten konnten. Sie wiesen überzeugend nach, daß der Belagerungszustand in Sachsen formell wie materiell als ein Stand bezeichnet werden muß. Es ist doch ein Skandal, daß sich eine „sozialistische“ Regierung nach der Revolution bei Verhängung des Belagerungszustandes auf die reaktionärsten Gesetze des vorigen Jahrhunderts berufen wagt, daß sie es auch nur wagen darf!

Nach diesen Vorgängen, die teilweise sehr erregt verliefen, war das Schicksal des Antrages unserer Genossen nicht zweifelhaft. Obwohl in sehr vielen Fällen selbst Rechtssozialisten in Versammlungen und in Gemeinderäten gemeinsam mit unseren Genossen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes forderten, sogar die „Chemiker Volksstimme“ sich auf diesen Standpunkt stellte, lehnten die Rechtssozialisten der sächsischen Volkskammer den Antrag im Verein mit den Bürgerlichen ab. Sie gaben eine lebernässige Erklärung vor der von unserer Seite beantragten namentlichen Abstimmung ab, womit sie sich nach außen wohl rechtfertigen wollten, ihre Position aber nur verschlimmerten.

Der Vorgang in Sachsen ist lehrreich weit über die Grenzen dieses Landes hinaus. Dieser kann eine Partei kaum noch finden, die sich sozialdemokratisch nennt, den Arbeitern müßte immer mehr die Augen nach solchen Erfahrungen aufgehen.

Das hungernde Deutschland.

Uns wird mitgeteilt: Aus allen Schichten der Bevölkerung werden Klagen darüber laut, daß die Zuteilung der Lebensmittelungen derzeit minimal geht so weit, daß für die Zivilbevölkerung kaum wöchentlich 1/4 Pfund Fleisch gegeben werden kann, dagegen das Militär derartige Mengen erhält, daß die einzelnen Militärs noch in der Lage sind, nicht nur Pastete, sondern kistenweise hiervon nach Hause zu schicken.

In Rabiau, Bezirk Potsdam liegt zur Zeit eine Proviantkolonne im Quartier, von welcher die umliegenden Truppenteile mit Lebensmitteln versehen werden. Einer der bei dieser Kolonne angestellten Proviantinspektoren hat in seinem Quartier größere Posten Büchsenfleisch, Mehl, und anderes mehr. Daß diese Posten von demselben käuflich erworben worden sein können, kann wohl kaum gesagt werden, da die dem Proviantamt gehörenden Mengen doch wohl ausschließlich zur Verpflegung der Soldaten dienen und nicht einem einzelnen Mann zugute kommen sollen. Dies ist natürlich nicht der einzige Fall.

Natürlich erregen diese Verhältnisse die darbenende Bevölkerung außerordentlich und es erhebt hier Abhilfe dringend geboten. Eine entsprechende Anzeige ist an den Reichswehrminister Roske gerichtet und es dürfte die Öffentlichkeit interessiert, ob und wie dieser Herr hierauf reagieren wird und inwieweit er imstande ist, hier Abhilfe zu schaffen.

Wir erhalten ferner noch folgende Zuschrift: Die Bevölkerung erhält jetzt eine so geringe Kartoffelration, daß es selbst einem Hungerstiller nicht möglich ist, davon zu leben. Das ist eine Folge der Wirtschaft des vergangenen Herbstes. Das Nahrungsmittelverbot bei Neutruppen hat wegen geringfügiger Lohnhöhen 100 Morgen Kartoffeln nicht abgeerntet, ebenso das Gut Charlottenhof b. Rheinsberg 120 Morgen. Noch wesentlich schlimmeres Zustände wie in der Mark herrschen in Vorpommern, und es ist zu befürchten, daß die hungernde Bevölkerung sich mit Gewalt wehrt, was man ihr aus Profiteur verlohnt. Liegen doch noch ungezählte Kornmieten unausgedroschen auf dem Felde. So auf dem Gute Schönbeck bei Dersdorf, allein 7 große Weizenmieten. Es ist wirklich an der Zeit, daß den Arbeiterräten die Macht gegeben wird, welche sie gebrauchen, um unsere Ernährung in den Grenzen des Erträglichen zu halten. Aber notwendig ist es auch, daß die Arbeiterräte von der Bevölkerung gewählt und nicht, wie es vielfach geschieht und geschehen ist, von den Landräten, Amtsdirektoren usw. bestimmt werden!

Aufhebung der Bevölkerungsklassen.

Berlin, 2. Nov. Offiziell wird mitgeteilt: Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Berlin, hat in öffentlicher Versammlung, die Behauptung verbreitet, daß für die todesmutige Verteidigung des Polizeipräsidiums an Angehörige der Truppen Eisenkreuze verliehen seien. Wenn diese Behauptung auch an sich schon den Stempel der Unwahrheit trägt, so muß ihr deshalb besonders entgegengetreten werden, weil sie bewußt wahrheitswidrig und geeignet ist, die Bevölkerungsklassen untereinander aufzuheben. Daß einzelne Kriegsbeschädigte sich deshalb veranlaßt gesehen haben, ihre Ehrenzeichen abzugeben, ist eine besonders bedauerliche Folge derartiger gewisshafter Verdächtigungen.

Ganz im alten Stil: „... geeignet ist, die Bevölkerungsklassen untereinander aufzuheben.“ Jetzt fehlt dem „neuen Deutschland“ nur noch die Anordnung des Majestätsbeleidigungsparagrafen zum Schutze Eberls und Roskes!

Auch Roske hat sein „Attentat“.

Die „P. P. N.“ teilen folgende Anekdote mit: Am Mittwoch abend fuhr der Reichswehrminister Roske im offenen Wagen vom Brandenburger Tor die Linden entlang. An der Wilhelmstraße mußte der Wagen wegen des Demonstrationszuges der Unabhängigen halten. Als ein Mann rief, Roske sei in dem Wagen, setzte ein wahrhaftiges Gejohle und Geschimpfe an, wobei keines der Skandalmorte vergessen wurde, die von der „Freiheit“ in den letzten Monaten dem Reichswehrminister gewidmet worden sind. Roske wurde

wetterfahren, als die Menge eine immer drohendere Haltung annahm. Dem Wagen flutete eine tausendköpfige Menge in die Wilhelmstraße nach, die sich dort eine ganze Weile im wilden Schimpfereien und Bedrohungen nach unabhängiger und freierlicher Art austobte.

Seitdem Roske in Wilhelms Bett schlafen darf, hat nun noch ein „Attentat“ gefehlt, um die welthistorische Bedeutung dieses Mannes sicherzustellen. Vorausgesetzt, daß sich die Geschichte so zugetragen hat, wie sie von der „P. P. N.“ erzählt wird, so müssen wir allerdings sagen, daß wir es lieber sähen, wenn die Arbeiter mit jener Energie der Verachtung an Roske vorübergehen würden.

Passive Resistenz im mitteldeutschen Bergbaurevier.

Der Gewaltstreik der preussischen Bureaukraten im Oberbergamt zu Halle, die sich der verhaßten Arbeiterkontrolle entledigten, unter dem Vorwand, daß der Bergarbeiterrat sich politisch oppositionell betätigt habe, hat die lebhafteste Entrüstung der gesamten Bergarbeiterchaft ausgelöst. Die in aller Eile einberufene Konferenz der Bergarbeiter war außerordentlich gut besucht. Die 126 Betriebsanlagen hatten ihre Vertreter geschickt. Die Stimmung war außerst kampfbereit, jedoch schloß der vergewaltigte Bezirksarbeiterrat im Hinblick auf die gegenwärtige außenpolitische Lage vor, von einem Streik in diesem Augenblick zunächst noch abzusehen. Nach lebhafter Aussprache, in der fast übereinstimmend alle Redner für die Sicherung des Kontroll- und Mitwirkungsrechtes der Arbeiterräte die Einleitung einer Aktion forderten, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 21. Mai 1919 im Volkspark zu Halle tagende Bergarbeiter-Konferenz des mitteldeutschen Bergbaureviers, die von 126 bergbaulichen Betrieben durch Belegschaftsvertreter besetzt ist, erkennt nochmals ausdrücklich den Bezirks-Arbeiterrat als ihre Interessen-Vertretung an, insbesondere für die Wahrnehmung der gemeinsamen Angelegenheiten der Betriebsräte.

Mit Empörung haben die Bergarbeiter von der gewaltsamen Entfernung des Bezirksarbeiterrates auf dem Oberbergamt Halle Kenntnis genommen. Die Konferenz verurteilt diesen Gewaltstreik preussischer Bureaukraten auf das entschiedenste. Sie findet diesen Streik als eine überlegte Abwägung des durch die Revolution erzwungenen Kontrollrechtes der Arbeiterräte und als eine politische Maßregelung, die nur erfolgt ist auf Grund einer außerhalb der Kontrolltätigkeit liegenden oppositionellen politischen Betätigung. Diese politische Maßregelung ist ein Bruch der durch die Revolution geschaffenen politischen Meinungs- und Handlungsfreiheit.

Die Konferenz verlangt die Aufhebung dieser Maßregelung. Die Bergarbeiter sind entschlossen, für diese Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten, um ihre revolutionäre Grundeinstellung durchzusetzen. Wenn heute noch von einem Streikbeschluß abgesehen wird, so nur aus eigenen tatsächlichen Rücksichten. Wenn die Vergeltung kommt! Aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Die Konferenz erwartet von der Regierung, daß sie diese stehenden Erregung Rechnung trägt und das Kontrollrecht der Arbeiterräte auf dem Oberbergamt sichert. Inzwischen werden die Konferenzteilnehmer die Bergarbeiter in Betrieben und Belegschaftsversammlungen zu der reaktionären Maßregelung Stellung nehmen lassen, um die notwendigen Aktionen einzuleiten.

Im Verlauf der Aussprache war jedoch schon zum Ausdruck gebracht worden, daß diese vom Bezirksbergarbeiterrat vorgelegte Entschließung nicht weit genug gehe. Wenn schon vom Streik abgesehen werden sollte, so müßten die Arbeiter auf andere Weise ihre Erbitterung über diesen Streik gegen ihr revolutionäres Recht zum Ausdruck bringen. Es wurde deswegen fast einstimmig beschlossen: Da die vorgelegte Entschließung den Konferenzteilnehmern nicht weit genug geht, wird beschlossen auf allen Gruben in die passive Resistenz einzutreten, bis das Recht des Arbeiterrates auf Ausübung der Kontrolle im Oberbergamt wieder gesichert ist. Eine Deputation soll dem Handelsministerium und dem Arbeitsministerium diese Forderungen übermitteln, da das Oberbergamt in scharfmacherischer Weise selbst dann noch die Verhandlungen abgelehnt hat, als der Bezirksarbeiterrat in Merseburg zu vermitteln verfuhrte. Diese Ablehnung hat erst zu der neuen Verschärfung der Lage Anlaß gegeben.

Frauenwahlrecht in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die zweite Kammer der Generalstaaten hat nach dreitägiger Debatte die Vorlage zur Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts für familiäre Wahlen angenommen. Nur 11 sozialistische, protestantisch-kerkliche Mitglieder stimmten dagegen, familiäre Liberalen und Katholiken, sowie auch die Sozialisten verschiedener Färbung dafür, so daß anzunehmen ist, daß auch die erste Kammer in kurzem die Vorlage annehmen wird. In diesem Falle wird zum ersten Male im Jahre 1922 für das Parlament durch Frauen mitgestimmt. Nur wenn vorher eine Auflösung der Parlamente stattfinden sollte, über die Frauen schon vorher ihr Wahlrecht aus.

Mit dieser Annahme ist die erste der Forderungen durchgesetzt, die unsere Partei zusammen mit der Gewerkschaftszentrale im November 1918 aufstellte, als die deutsche Revolution ihre Wellen auch nach Holland schlug. Daß die Arbeiter für die anfänglich scharf bekämpfte Reform reif geworden sind, ist hauptsächlich dem unermüdlichen Wirken der sozialistisch-organisierten Frauen zuzuschreiben, denen es zuerst gelang, eine wirksame Volksbewegung für das allgemeine Frauenwahlrecht zu entfachen, was den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen mit ihrer Forderung des beschränkten Frauenwahlrechts nie gelang.

Deutscher Sozialistentag.

Die Zentralstelle für Einigung erläßt folgenden Aufruf an die Genossen: Ueber die Notwendigkeit der Einigung ist bereits geteilt. Licht und Dunkel! Vom 21. Juni ab findet in Berlin ein Sozialisten-Kongress aller sozialistischen Parteien statt. Dort muß die Einigkeit geschmiedet werden. Jede Partei, jeder Kreis, muß Delegierte senden! Näheres in einigen Tagen. Geld bereit! Zuschriften sind zu richten an das Kongress-Bureau des Deutschen Sozialistenkongresses, Berlin, 56. Chaussee.

entstehende in eine ungeschickte Verwertung. Die Frauen müssen auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege als besonders geeignet zur Mitwirkung herangezogen werden. Für die Jugendpflege muß im Ministerium eine selbständige Hauptabteilung geschaffen werden. Auch die bisherigen Organisationen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, die christlichen Missionen, das Rote Kreuz, die Genitalstelle für Volkswohlfahrt usw. müssen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Abg. Dr. Regenberg (Dtsch. Natl.): Wir müssen aus dem moralischen Zusammenbruch, sobald wie möglich wieder heraus, indem wir für die leibliche und geistige Gesundheit der Jugend arbeiten. In diesem Sinne begrüßen wir das neue Ministerium. Der Geburtenrückgang muß bekämpft werden. Durch Siedlungs-solitik muß eine gesunde Mischung der Bevölkerung in Stadt und Land herbeigeführt werden.

Abg. Langer-Oberhausen (Dtsch. Sp.): Ich empfehle dem Minister besonders die Mitarbeit der Krankenkassenbeamten zu begehren. Wir wünschen eine Einwirkung auf das Landwirtschaftsministerium, daß es mehr Land zur Rentenbesiedlung hergibt. In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erblicken wir eine besondere Aufgabe des neuen Ministeriums.

Abg. Ab. Hoffmann (U. S. P.):

Von mehreren Seiten, auch von den S. P. D.-Leuten, ist das neue Ministerium begrüßt worden. Dieser Optimismus teilen wir nicht. Denn Wohnungs-, Volksgeundheit- und Jugendpflege sind dem Zentrumsmann anzuerkennen, das muß festlich machen. Was hat man gesagt, als wir im Kriege auf die schweren Schäden hingewiesen haben? Wir wollten das Vaterland vor dem Abgrund retten, in den Sie es getrieben haben. Sie haben aber absichtlich die Wahrheit verschleiert. Wandel in der Volksgeundheitspflege wird erst eintreten, wenn sie nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Sorgen wir dafür, daß die Kommunen die Sacke in die Hand nehmen. Uebrigens schweigt sich Herr Haensch über die schweren Anklagen aus, die wir neulich bei der Generaldebatte vorgebracht haben. Dies Schweigen ist herbe. Heute noch leben wir unter dem Belagerungs-zustand, ohne daß im geringsten Grund dafür vorhanden wäre.

Das Wohnungswesen zu besetzen haben Sie sich nicht entschließen können. So oft wir dahingehende Anträge gestellt haben. Auch heute denken Sie nicht daran, das Wohnungswesen zu sozialisieren. Die großen Wohnungen müßten aufgekauft, die Schlösser freigegeben werden, auch wenn dann Ebert, Scheidemann und Koste ein paar Zimmer weniger zu beziehen hätten. Die Ueberfüllung des gesamten Grund und Bodens ins Gemeineigentum muß eintreten. Und ferner: die Ueberfüllung der Schulen, die unhygienischen Arbeitsstätten, die Giftböden sind schuld an den ungesunden Zuständen.

Betrachten wir einmal

die Wohnungsmieten.

Im wieviel teurer muß gerade der Ärmste seine dürftige Wohnung bezahlen als der Reichste! Und weiter: wer von den Volksgenossen kennt die Schrecken der deutschen Städte? Nur ein kleines Häuflein Besitzender. Die Arbeiter sind ausgeschlossen von Sonne und Schönheit, von jeder Erholung, von jeder Stärkung der Arbeitsfreude (Zwischenruf: sie sollen nicht streiken!) So lange der Kapitalismus herrscht, wird sich der Arbeiter dagegen aufbäumen, sich ausbeuten zu lassen. Sozialisieren Sie, damit der Arbeiter für das Allgemeininteresse arbeiten kann.

Die Jugendberziehung und -pflege ist ebenfalls ein trübes Kapitel. Heute werden viele junge Menschenkinder geradezu erst zu Verbrechern erzogen. Es ist zwar versprochen worden, nun auch Frauen zur Mitwirkung heranzuziehen. In der Tat ist davon eine große Besserung zu erwarten. Aber das Ministerium will ja nicht einmal die Frauen zu den Wogistaten zulassen.

Die Siedlungsfrage muß sehr vorichtig behandelt werden, damit die Leute nicht zu Slaven der Scholle werden. Herr Stegerwald gab zu, daß Hunderttausende von Frauen und Kindern während des Krieges zugrunde gegangen sind. Nicht nur an Hunger sind sie zugrunde gegangen, sondern auch an der schweren Arbeit. Viele Frauen sind derart gesundheitlich geschädigt, daß sie nicht mehr Mütter werden können.

Die Unterernährung ist schuld an dem Rückgang der Zeugungsfähigkeit.

Sorgen Sie doch dafür, daß diese Ursache verschwindet. Solange die Frauen und Mütter nicht die Gewißheit haben, daß ihre Kinder demoralisiert nicht wieder Kanonensfutter werden, kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie Zurückhaltung üben. Wenn Sie ichöne Worte über Wohnungs-, Gesundheits- und Jugend-pflege gebrauchen, so gestatten Sie uns, an deren Ernst zu zweifeln. Ausbeutung und Wohlfahrt sind Gegensätze, die sich gegenseitig ausschließen.

Die Abgabe von 140 000 M. ist eine furchtbare Sache und wir wünschen, daß diese Bestimmung bald rückgängig gemacht wird. Aber wieviel Vieh hat man im Kriege niedergeschlachtet, um es liegen zu lassen; nicht einmal die notleidenden Bewohner des besetzten Gebietes durfte sich das Fleisch nehmen. (Große Ironie)

Das Umsichgreifen der Geschlechtskrankheiten ist auch eine Kriegsfolge. Wir haben gefordert, Geschlechtskrankenhäuser zu bauen und keinen Soldaten zu entlassen, es sei denn, er wäre vollständig geheilt. (Zwischenruf: die Revolution hat es gehindert.) Freilich, jetzt möchten Sie alle ihre Unerschöpfungsquellen der Revolution aufbürden. Die Geschlechtskrankheiten sind auch eine Folge der Prostitution. Diese ist die Peinliche an dem durch und durch verfaulenden Volkstörper und sie beweist, wie dringend notwendig eine völlige Umwandlung der sozialen Verhältnisse ist. Wir wünschen

wirksamen Jugendschutz

auch für die Schulentlassenen. Geben wir den Kindern eine entsprechende Erziehung in der Schule und gehen wir selbst mit gutem Beispiel voran, dann werden viele Gefahren schwinden.

Das Kinowesen ist gewiß auch eine Gefahr, aber warum? Weil der Kapitalismus auf die Lasterhaftigkeit spezialisiert und dementsprechende Hilfsmittel wählt. Kommunisten Sie nicht anfallen, dann wird das mit einem Male anders werden.

Die Feten über Geburtenrückgang und Fehlgeburten. Den Arbeitern zu verargen, daß sie Schutzmittel anwenden ist ebenso große Heuchelei. Schaffen wir andere Verhältnisse, und diese Erscheinungen werden schwinden. Schaffen Sie den Militarismus ab und werden Sie nicht immer von den Arbeiterfrauen, sondern wenden Sie sich an die bessergestellten Kreise. Polizeimaßnahmen

heissen da gar nicht, auch gegen den Alkoholismus nicht. Den können Sie sofort beseitigen, ohne die Herren von der Rechten, wenn Sie keinen Schraub mehr drehen wollen. Aber Sie brauchen den Alkoholismus. Mit Alkoholismus haben Sie den Krieg geführt und auch bei den Koslegarden gearbeitet.

Ebenso haben Sie sich über

die Spielclubs

enträufelt. Wo kommen diese denn her? Sie sind eine „Ertragsmaschine“ des Krieges. Dort haben die Offiziere gespielt und die Soldaten haben es von denen gelernt.

Arbeit ist not! rufen Sie. Auch wir wollen arbeiten, aber nicht für die Müßiggänger, sondern für die Allgemeinheit. Was wir wollen, ist eine Wohnungs-, Gesundheits- und Jugendpflege, die aufgebaut ist auf dem Recht des Volkes und wollen nicht, daß sie den religiösen, privaten und sonstigen Vereinen überlassen bleiben. Was hätten wir für das Geld, was wir für den Krieg hinausgeworfen haben, schaffen können. Das erste Kulturvolk der Welt hätten wir werden können. Und wenn wir nicht auf dem Posten sind, werden Sie das Volk vollends in den Abgrund stürzen. Aber wir wissen, daß Kastei in uns und die Weltrevolution werden kommen und die Grundlage schaffen zu einer wahrhaften Wohlfahrtspflege! (Lebhafter Beifall bei der U. S. P.)

Das Haus verlag sich auf Freitag, 23. Mai, mittags 12 Uhr.

Die Arbeiten der Landesversammlung.

Der Vorkonferenz der Preussischen Landesversammlung beschloß zur Geschäftsfrage, daß am Sonntag die Vollsitungen mit Rücksicht auf die Arbeiten der Ausschüsse ausfallen lassen. Vom Dienstag, den 27. Mai, bis zum 4. Juni soll dagegen die Vollversammlung durchlaufen.

Reichskonferenz der Former und Berufs-genossen.

Am Mittwoch und Donnerstag fand im Herrenhaus die zweite Reichskonferenz der Former und Berufs-genossen statt, die sich mit dem Bericht über den Stand der bisherigen Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifs, der gleichzeitig die Affordarbeit abschaffen sollte, beschäftigte.

Ergebnis vom Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes führte als Berichterstatter etwa folgendes aus:

Die Verhandlung mit dem Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen am 5. April haben nicht zu dem Erfolg geführt, den die Nürnberger Reichskonferenz der Former, besonders von der Forderung der Abschaffung der Affordarbeit, erhoffte. In den Verhandlungen am 10. Mai erklärten sich die Unternehmer zwar nicht mit der Einführung der reinen Lohnarbeit einverstanden, stimmten aber jetzt der Schaffung von Mindestlöhnen zu, die bezirksweise geregelt werden sollen. Auf die Festlegung einer Mindestleistung konnte man sich nicht einigen. Die Bezahlung der Feilguharbeit, sowie die Festlegung von Affordlöhnen wurde zur Beratung besonderen Kommissionen überwiesen. Die Entlohnung soll in Zukunft nur nach Stückpreisen erfolgen. Einig wurde man sich auch in der Frage der Bezahlung der Ueberstunden, die ebenfalls bezirksweise geregelt werden soll. Für die Benutzung eigener Werkzeuge wird eine wöchentliche Entschädigung von 50 Pfennig gezahlt. Zur Verklarung hatten wir die Einführung der dreijährigen Lehrzeit gefordert, auf die sich aber die Unternehmer nicht festlegen wollten, weil die Ausbildungsmöglichkeiten nicht überall gleich seien. Der Gewährung von Ferien wurde prinzipiell zugestimmt. Die Frauenarbeit im Gießereibetrieb wird beibehalten. Nur in Nebenbetrieben ist die Beschäftigung von Frauen bei der Verrichtung leichter Arbeiten zulässig. Die hygienischen und sanitären Einrichtungen sollen ebenfalls verbessert werden.

An diesen Bericht schloß sich eine eingehende Aussprache, an der sich 22 Redner beteiligten, an. In sachlicher Weise wurde von den Diskussionsrednern zu dem Bericht der Kommission Stellung genommen und das Für und Wider reichlich erörtert.

Hista (Verlin) stellte den Antrag, die Unternehmer aufzufordern, bis zum 15. Juni auf der Grundlage der Einführung der reinen Lohnarbeit zu verhandeln. Sollten diese Verhandlungen abgelehnt werden, dann ist am 15. Juni der Streik zu proklamieren. Begründend wurde ausgesprochen, daß die bisher gepflogenen Verhandlungen nicht befriedigend seien. An dem Nürnberger Beschluß, die Affordarbeit abzuschaffen, muß unbedingt festgehalten werden. Wenn die Unternehmer und nicht gutwillig die reine Lohnarbeit geben wollen, dann müssen die Former in den Kampf treten.

Wenn Sie spricht sich in seinem Schlusswort gegen den Antrag Hista aus. Um eines Prinzips willen, dürfen sich die Former nicht in einen so schweren Kampf stürzen. Die Frage, ob die reine Lohnarbeit oder ein erträgliches Affordsystem günstiger für die Arbeiter ist, ist nicht so leicht zu beantworten. Es ist schon ein großer Vorteil, daß die Unternehmer von ihrer Ansicht abgegangen sind, die Festlegung von Mindestlöhnen bedeute eine Fortschritt. Die Zugeständnisse der Unternehmer sind ein großer Fortschritt. Die zentralen Abmachungen bedeuten nur einen Rahmen. Wenn die Former in den einzelnen Orten durch lokale Kämpfe besondere Vorteile erlangen können, so ist das nur zu begrüßen. Der Nürnberger Beschluß läßt sehr wohl den Weg offen auf der Grundlage der Kommissionsvor schläge mit den Unternehmern weiter zu verhandeln.

In der namentlichen Abstimmung erhielt der Antrag Hista nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit, wurde also abgelehnt. Folgende Resolution wurde darauf gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Konferenz hält die Forderung, in den Gießereibetrieben die reine Lohnarbeit einzuführen, entschieden aufrecht. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse lassen es jedoch nicht empfehlenswert erscheinen, auf der sofortigen Durchführung dieser Forderung zu bestehen. Die Konferenz beauftragt die Verhandlungskommission, nachdem die Regelung auf zentraler Grundlage nicht möglich war, dieselbe bezirksweise bzw. orbnungsweise vorzunehmen unter Forderung garantierter Mindestlöhne. In den Bezirken, Orten und Betrieben, wo die Lohnarbeit bereits eingeführt ist, muß dieselbe bestehen bleiben. Weiter wird die Kommission beauftragt, alle übrigen Fragen auf dem bisher beschrittenen Wege zu erledigen.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedsspruch für das Stultateurgewerbe. Der Schlichtungsausschuß hat am 12. Mai nach langen Verhandlungen zu feiner Einigung gelangen können, Schiedsspruch gefaßt:

Vom 26. April 1919 ab sind folgende Rinderlöhne zahlen: Für Bauaufateure 2,55 Mark pro Stunde für 2,85 Mark, für Former, Dieber und Rodelfarbener 2,70 Mark. Die Affordmindestlöhne werden um 25 Prozent zu den bestehenden Affordpreisen erhöht. Die Auslösung der Arbeiter wird auf 7 Mark pro Tag festgesetzt. Die Verhandlungen sollen gelten für 6 Monate bis 31. Oktober 1919. Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ist bis zum 20. Mai 1919 abzugeben. Unterwerfen sich nicht Parteien dem Schiedsspruch, so kann denselben auf Antrag einer Partei der Demobilisierungskommission für die wirtschaftlichen Demobilisierung als verbindlich erklären.

Eine harte besuchte Versammlung der Stultateure am 10. Mai nahm nun zu dem Schiedsspruch Stellung. Der Vorsitzende Scheel berichtete über den Verlauf der Verhandlungen und kam zu dem Schluß, daß der Schiedsspruch keinen Erörterungen entspricht, die wohl die meisten Kollegen beifallen, die Sektionsteilung aber trotzdem in Anbetracht der schädlichen, voraussichtlich noch längere Zeit anhaltenden ungenügenden Lage im Beruf die meisten empfehlen wolle. Nach einer Diskussion wurde dann auch der Schiedsspruch gegen 20 Stimmen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis vom Ergebnis der Verhandlungen im Schlichtungsausschuß und istatiert, daß der Schiedsspruch der Betriegerung der Stultateure nicht in genügender Weise entspricht. Die Annahme des Schiedspruches erfolgt nur in der Erwägung, daß die gebotenen Minimalsätze sind und es den Kollegen unbenommen bleibt, Arbeitskraft gegebenenfalls höher zu bezuziehen.

Der Bericht hat sich um einige Tage verzögert, weil die beteiligten den Schiedsspruch nicht ebenfalls ohne jede Einschränkung anerkannt haben. Sie erklärten sich mit allen Punkten einverstanden, ausgenommen die Festsetzung von 7 Mark bei auswärtiger Arbeit, welche als unannehmbar bezeichnet wurde. Die bisherige Sachlage wird ausdrücklich erklärt wurde. Die Kollegen auf, die Besonnenheit zu bewahren, am Sonntag den ja auch von den Arbeitgebern für gewisse Arbeiten anzuwenden Lohn rückwirkend vom 26. 4. 19 zu verlangen und in der Montag, 26. Mai 1919, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, stattfindenden Mitgliederversammlung die weiteren Beschlüsse der Sektionsteilung, J. A.: Carl Sch...

An die Posthilfsangestellten der Fernsprechämter, Postzeitungsamtes, des Postschadentes usw.

Am Anschließ an die in der Versammlung am 15. Mai angenommene Erklärung teilen wir mit, daß das Demobilisierungsbüro der Oberpostdirektion angewiesen ist, mit dem Gesamtverband der Handlungsgeschäftigen sachlich in Verhandlungen zu treten. Dadurch erübrigen sich die in der oben erwähnten Resolution in Aussicht genommenen weiteren Schritte der Angestellten. Die Vertrauensleute werden benachrichtigt, bitten wir alle Kollegen und Kolleginnen die weiteren Angelegenheiten der Sektionsteilung abzuwarten. Zentralverband der Handlungsgeschäftigen, J. A.: De...

Die in Fabriken tätigen, im Bauarbeiterverband organisierten Maurer und Bauarbeiter beschließen sich am Dienstag...

recht gut besuchten Versammlung mit dem Abschluß der Bewegung für das Hochbaugewerbe. Einleitend erklärte der Vorsitzende, Kollege Rehle, die Vereinbarungen, welche der Verband der Baugeschäftigen geschlossen worden sind. Vom 17. Mai an erhalten: Maurer 2,75 M., Bauarbeiter 2,50 M. wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 1/2 Stunden bei 47 Stunden. — In der regen Aussprache kam zum Ausdruck für die in Fabriken beschäftigten Kollegen diese Wünsche in Betrieben zur Anerkennung zu bringen. Ein einmütiger nomineller Antrag besagt, die Forderungen durch den Austausch in allen Fabriken am 21. Mai einzureichen. Dem Vorstand überlassen, evtl. weiter notwendig werdenden Maßnahmen zur Durchsührung des Tarifs vornehmen zu lassen. Das mit dem Metallarbeiterverband vereinbarte Abkommen kommt für die Bauarbeiter, welche in Fabriken beschäftigt sind, nicht in Frage. Eine Kündigung dieses Abkommens von ihnen deshalb auch nicht verlangt werden kann.

Achtung! Heißer! In der Reichskonferenzentscheidung u. Haase, Vriß, Tempelhofer Weg sind die Festsetzungen den Ausländern getrieben, auch in den Kühlhallen. Die binner Strafe haben sich die Kollegen der Firma dem angeschloßen. Die Firma wird verurteilt, Arbeiter zu beschäftigen. An der Geschlossenheit der Arbeiter wird nicht gezweifelt.

Achtung! Bauarbeiter Spanbau! Alle Kollegen, die Streikunterstützung noch nicht abgeholt haben, können am Sonntagabend nachholen. Die Auszahlung findet abends von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr beim Kollegen Böhm, Straße 30, statt.

Schriftmaler in Metallbetrieben. Freitag abend 7 Uhr, Wollschläger, Adalbertstr. 21; Versammlung aller Schriftmaler, Leute der Schriftmaler, Ruler und Lackierer. Streik zum Kollektivvertrag.

Betriebsratler. Sonntag vormittag 9 Uhr im Hof der am Königgraben 2, Versammlung. Stellungnahme zum Kollektivvertrag.

Einnehmer der Viktoria-Versicherung. Sonnabend 10 Uhr Versammlung bei Wille, Sebastianstr. 30. Tagesordnung: Die Auslegung unseres Tarifvertrages.

D. W. M. H. Wittenau. Sonnabend mittags 12 Uhr, in der Versammlung in der Pharusfälen, Müllerstr. 14.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp. Verlagsgegenständlich „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schill...

Kaufgesuche
Kupfer
Metallschmelze Cohn
Messing
Platin
Silber
Platinankauf
Klavier
Werkzeuge und Maschinen
Spiralbohrer
Elekt. Handbohrmasch.

Platin
Original-Schmelzpreisen
Metallschmelze Cohn
Messing
Platin
Silber
Platinankauf
Klavier
Werkzeuge und Maschinen
Spiralbohrer
Elekt. Handbohrmasch.

Silber
Original-Schmelzpreisen
Metallschmelze Cohn
Messing
Platin
Silber
Platinankauf
Klavier
Werkzeuge und Maschinen
Spiralbohrer
Elekt. Handbohrmasch.

Platinankauf
Silberabfälle, Goldabfälle
Metalleinkauf
Klavier
Werkzeuge und Maschinen
Spiralbohrer
Elekt. Handbohrmasch.

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schacht-Schneider, Backowstr. 14/11
Flügel oder Piano
!!! Geld !!!

Werkzeuge und Maschinen
Spiralbohrer
Elekt. Handbohrmasch.

Spiralbohrer
neue, kauft jeden Posten
Elekt. Handbohrmasch.

Arbeitsmarkt
Aufwärtsverlangt